

Bildung | 20.11.2025 | Nr. 324/25

Martin Balasus: TOP 16: Mehr WiPo!

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Landtagspräsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

Unsere Demokratie wird bedroht – von außen wie von innen.

Zur Abschreckung äußerer Feinde braucht es dringend eine gestärkte Bundeswehr mit einer echten Wehrpflicht. Im Inneren muss das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen und Gepflogenheiten wieder wachsen – beides gewaltige Herausforderungen, die man nicht mal eben locker aus dem Ärmel schüttelt.

Dennoch: Wir müssen alles tun und dürfen nichts unversucht lassen, um unsere Volksherrschaft zu stärken.

Eine unserer wesentlichen Maßnahmen ist mehr WiPo-Unterricht spätestens zum Schuljahr 2027/28 in der Sekundarstufe I. Bereits 2020 haben wir das Mindeststundenkontingent in der Sekundarstufe I von zwei auf vier Stunden erhöht. Nun kommen noch mal 2 Stunden on top.

80 neue Lehrerstellen werden benötigt, dazu stellen wir gerne 4 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

Warum nun ausgerechnet mehr WiPo in der Mittelstufe? Ganz einfach: Weil diese Stunden ALLEN Schülerinnen und Schülern zugutekommen – das wäre bei einer Erhöhung des Stundenkontingents allein in der Oberstufe nicht der Fall!

Es ist aber essentiell wichtig, dass jede Schülerin, jeder Schüler erreicht wird. Auch diejenigen, die die Schule mit ESA oder MSA verlassen. Bei TikTok und Co. prasseln Fake News und Schlimmeres schließlich auf so gut wie alle Kinder und Jugendlichen ein.

Diese Entwicklung ist brandgefährlich, sie ist demokratiegefährdend und deshalb braucht es auch ein SocialMedia-Verbot für Unter-16-Jährige, um unsere Kinder und Jugendlichen zu schützen.

bei uns in Schleswig-Holstein wird historisch-politische Bildung bereits

großgeschrieben. Der Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus wurde im Schulgesetz verankert und kommt nun auch in der Verfassung.

DialogP, Schule ohne Rassismus oder Zukunftsschule, Klassenräte, aktive Schülervertretungen, Pflege von Stolpersteinen, Planspiele, der Besuch von Gedenkstätten, Entrepreneurship Education etc. bilden die Schülerinnen und Schüler vielerorts weiter, klären auf, geben Denkanstöße, damit sich junge Menschen zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern entfalten können.

Eine Bündelung und Erweiterung kommt mit dem Pakt für Demokratie hinzu: Ein komplexes Maßnahmenpaket, eine gemeinsame Kraftanstrengung, die nichts weniger zum Ziel hat, als unsere Herrschaftsform Demokratie zu fördern.

Und nun zur FDP: Sie fordern eine Überarbeitung der Fachanforderungen für das Fach WiPo und mehr ökonomische Bildung in den Schulen.

Ich teile die Auffassung, dass der Themenbereich Wirtschaft, Finanzbildung oder Verbraucherbildung im Unterricht nicht zu kurz kommen darf.

Deshalb ist auch dieser Bereich bereits in den bisherigen Fachanforderungen ein zentraler Schwerpunkt. „Jugendliche als Konsumenten“, „wirtschaftliches Handeln“, „Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft“ oder „Sparen und Verschulden“ sind z.B. Themen des Unterrichts.

Die Verankerung in den Fachanforderungen ist also schon gegeben, aber vielleicht muss sie tatsächlich mancherorts noch besser gelebt werden. Schließlich setzt sich das Fach WiPo aus drei Teilbereichen zusammen: Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Und allen dreien muss ausgewogen Rechnung getragen werden.

Liebe FDP, Ihre Forderung nach neuen Fachanforderungen ist überholt, denn dies ist eh schon auf dem Wege.

Wegen der Verlegung des Wirtschaftspraktikums in die Einführungsphase (11. Jahrgang), den zwei zusätzlichen Stunden WiPo in der Mittelstufe und neuen KMK-Standards für die Gesellschaftswissenschaften ist eine Überarbeitung bereits geplant.

Die Weichen für den WiPo-Unterricht sind also gestellt. Das beste Mittel, die politische und wirtschaftliche Kompetenz der jungen Leute zu stärken, ist immer noch mehr Unterricht.

Deshalb wird es bald zwei Stunden mehr WiPo geben – das wird die Resilienz unserer Demokratie erhöhen und hoffentlich dazu beitragen, dass Schülerinnen und Schüler nicht so leichtfertig denen auf den Leim gehen, die es mit Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft nicht gut meinen.